

Informationshinweis zum Datenschutz gemäß Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Dieses Merkblatt dient Ihrer Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH und die Ihnen gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung zustehenden Rechte im Falle einer personenbezogenen Datenaufnahme im Rahmen der Erhebung des erhöhten Beförderungsentgeltes (EBE) nach einer Fahrausweiskontrolle.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH
Sandkaule 2
53111 Bonn

folgend „SWBV“ genannt

vertreten durch die Geschäftsführung: Anja Wenmakers, Hansjörg Spielhoff

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen sie postalisch unter der o. g. Adresse mit dem Zusatz – Datenschutzbeauftragter – oder per E-Mail unter:

Datenschutzbeauftragter.verkehr@stadtwerke-bonn.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zu folgendem/n Zwecke/n:

- Erfüllung eines Vertrages (Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO): Die Datenverarbeitung dient der Erfüllung des Beförderungsvertrags zwischen der SWBV und dem Fahrgast. Hierzu ist der Nachweis eines gültigen Fahrausweises erforderlich.
- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO): Im Rahmen der Erhebung des erhöhten Beförderungsentgelts muss die SWBV gesetzlichen Pflichten, welche sich u. a. aus dem Steuergesetz ergeben, nachkommen. Zu diesem Zweck werden personenbezogene Daten verarbeitet und bis zum Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfristen vorgehalten (näheres zu diesen Fristen unter Ziffer 7)
- Wahrung berechtigter Interessen der SWBV oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO): Als Anbieter von Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr hat die SWBV ein berechtigtes Interesse daran, dass alle Fahrgäste, entsprechend den aktuell gültigen Beförderungsbedingungen und den Tarifbestimmungen, über einen gültigen Fahrausweis verfügen.

Fahrgäste, die ohne einen gültigen Fahrausweis eine Personenbeförderungsleistung in Anspruch nehmen, können entsprechend der bestehenden Regelungen mit einem erhöhten Beförderungsentgelt belegt werden. Die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung unserer Rechtsansprüche. Zur Erhebung des erhöhten Beförderungsentgelts ist die Verarbeitung von personenbezogenen Daten und von Vorfalldaten erforderlich.

Eine Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten findet nicht statt.

3. Kategorien von personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten Daten, die wir ausschließlich aus der Fahrausweiskontrolle von Ihnen erhalten. Die Daten erhalten wir direkt von Ihnen oder durch die Strafverfolgungsbehörden (z. B. Polizei).

Konkret verarbeiten wir folgende Daten:

- Name, Vorname
- Geburtsdatum, Geburtsort
- Geschlecht
- Anschrift (Wohnort, Postleitzahl, Straße, Hausnummer)
- Ggf. Telefonnummer
- Ausweisart, Ausweisnummer, Aussteller, Ausstellungsdatum
- Vorfalldaten (EBE-Vorfall Nr., Datum, Zeit, Fahrgastposition im Fahrzeug, Beanstandung, Richtung, Kontrollhaltestelle, Einstiegshaltestelle, Zielhaltestelle, Fahrausweisart, Fahrausweisnummer, Bemerkung, Anmerkung Fahrgast, Fahrgastverhalten, Prüfer Nummer, Prüfer Name, Linie)

Bei Minderjährigen werden zusätzlich folgende Daten des gesetzlichen Vertreters (z. B. der Eltern) erhoben

- Name, Vorname
- Anschrift (Wohnort, Postleitzahl, Straße, Hausnummer)
- Ggf. die Telefonnummer

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur die Personen und Stellen Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Zudem erhalten Ihre Daten die von uns eingesetzten Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, welche die Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

In gewissen Fällen werden die Daten auch durch eigene Anwälte und Anwälte von Anspruchsgegnern, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Behörden oder

Inkasso-Unternehmen zur Abwicklung des Mahnverfahrens oder im Rahmen des Forderungsverkaufs verarbeitet.

5. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling findet nicht statt.

6. Datenübermittlung in Drittländer und internationale Organisationen

Eine Datenübermittlung in Drittländer oder an internationale Organisationen ist nicht geplant.

7. Dauer der Datenspeicherung

Ihre personenbezogenen Daten löschen wir, sobald diese nicht mehr für die Erfüllung unserer Beförderungsbedingungen/Vertragsbeziehung erforderlich sind. Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (z. B. HBG, BGB etc.). Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen bis zu zehn Jahren, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahren.

Bei der erstmaligen Erfassung der Daten einer Person im Fall eines EBE werden die Daten für einen Zeitraum von 36 Monaten gespeichert, da die SWBV bei einem wiederholten EBE innerhalb dieser Frist Strafanzeige erstattet und Strafantrag stellt. Nach Stellung eines Strafantrags werden die Daten jeweils für weitere 36 Monate gespeichert. Im Wiederholungsfall wird erneut Strafanzeige erstattet und Strafantrag gestellt. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist in diesen Fällen die jeweilige gesetzliche Regelung (z. B. § 265 a StGB) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO.

Zahlungsdaten aus einem EBE-Fall werden für einen Zeitraum von 10 Jahren vorgehalten, die Rechtsgrundlage hierfür ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO in Verbindung mit §147 AO.

8. Betroffenenrechte

Auf Anfrage erteilen wir Ihnen entsprechend den gesetzlichen Anforderungen unentgeltlich Auskunft über den Stand der über Sie erhobenen personenbezogenen Daten sowie über die weitere Verarbeitung dieser Daten. Beispielsweise berichtigen, sperren oder löschen wir Ihre personenbezogenen Daten teilweise oder ganz nach den gesetzlichen Anforderungen:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Sie Einsicht in die Sie betreffenden Daten bzw. deren Kategorien und einige andere wichtige Kriterien, wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Bitte beachten Sie, dass Ihr Auskunftsrecht unter bestimmten Umständen gemäß den gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 34 BDSG) eingeschränkt sein kann.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht – oder nicht mehr - zutreffend sein, können Sie unter den Voraussetzungen des Art. 16 DS-GVO eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

c. Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Sie können unter den Bedingungen des Art. 17 DS-GVO die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung kann z.B. dadurch eingeschränkt sein, dass wir die Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten noch benötigen. Wenn wir Ihre personenbezogenen Daten öffentlich gemacht haben, steht Ihnen ggf. auch ein „Recht auf Vergessenwerden“ zu. Sie können verhältnismäßige Maßnahmen dahingehend verlangen, dass wir andere Verantwortliche über Ihr Löschungsverlangen informieren. Bitte beachten Sie, dass Ihr Recht auf Löschung unter bestimmten Umständen gemäß den gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 35 BDSG) eingeschränkt sein kann.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO können Sie die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Wir markieren Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten mit dem Ziel, ihre künftige Verarbeitung einzuschränken. Auf dieses Recht können Sie z.B. in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen beziehen.

e. Recht auf Unterrichtung (Art. 19 DS-GVO)

Im Falle einer Rechtswahrnehmung teilen wir allen Empfängern unter den Voraussetzungen des Art. 19 DS-GVO die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung mit. Auf Verlangen unterrichten wir Sie über diese Empfänger.

f. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Sie haben einen Anspruch darauf, unter den Bedingungen des Art. 20 DS-GVO die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren

Format von uns zu erhalten. Daneben können sie eine direkte Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen verlangen, sofern dieses technisch machbar ist.

9. Widerspruchsrecht

Sofern die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO oder Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO erfolgt, haben Sie das Recht, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Sofern wir keine zwingend schutzwürdigen Gründe für die Verarbeitung, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, nachweisen können oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient, stellen wir dann die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ein.

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht zu Zwecken des Direktmarketings verarbeitet.

10. Beschwerderecht

Sie können sich mit einer Beschwerde direkt an die Aufsichtsbehörde wenden. Für uns zuständig ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf, Tel.: 0211 384240, Fax: 0211/38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.